

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 73 (1993)
Heft: 1

Artikel: Liberalismus als zeitgemäss Herausforderung : Konturen eines Programms
Autor: Schoettli, Urs W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-165155>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Urs W. Schoettli

Liberalismus als zeitgemässe Herausforderung

Konturen eines Programms

«Ich glaube, ich sehe heute klarer als zuvor, dass alle unsere Nöte und Schwierigkeiten einen Ursprung haben, der bewundernswert und gesund, wenn auch sehr gefährlich, ist: sie sind die Folge unserer ungeduldigen Bemühens, das Los unserer Mitmenschen zu verbessern.»
(Karl Popper, die offene Gesellschaft und ihre Feinde)

Zu den Rätseln der europäischen Geschichte gehört, wie Europa nach der hochentwickelten Zivilisation des römischen Imperiums in jahrhundertelanger Barberei versinken konnte. Fast hätte uns das 20. Jahrhundert dafür eine Erklärung geliefert: Was wäre mit Europa, ja mit der ganzen zivilisierten Welt geschehen, wenn der Nationalsozialismus oder dessen Zwillingsbruder, der Kommunismus, den Sieg über den Liberalismus davongetragen hätte?

Bald werden wir das blutrünstigste Jahrhundert der Menschheitsgeschichte über die Runden gebracht haben. Nachdem während des grössten Teils dieses Jahrhunderts der Liberalismus von der Vernichtung bedroht war, scheint er nun die Jahrtausendwende in neuer Stärke erreichen zu können.

Eigentlich sollte über den Triumph des Liberalismus nach den bitteren Erfahrungen mit seinen Gegnern Gewissheit herrschen. Doch ist Vorsicht geboten, nicht nur wegen stets möglicher Rückfälle in Irrationalismus und Intoleranz, sondern auch wegen des in den letzten zwei Jahrhunderten kontinentaleuropäischer Geschichte nur allzu häufigen Versagens der Liberalen, die Gunst der Stunde zu nutzen.

J'accuse

Die Abrechnung mit den menschenverachtenden Ideologien des 20. Jahrhunderts ist bisher in sehr unterschiedlichem Masse erfolgt. Während sie beim Nationalsozialismus gründlich war, bleibt beim Kommunismus noch viel nachzuholen. Wie konnte es sein, dass von den Mitläufern und Propagandisten des Marxismus auch in den westlichen Demokratien die folgenden Dogmen bis zum bitteren Ende hochgehalten wurden:

- Dass auf die Kontrolle der Macht und die Teilung der Gewalten verzichtet werden kann.
- Dass eine Partei, beziehungsweise deren selbsternannte Führung im alleinigen Besitz der Wahrheit sein kann.
- Dass es höhere Werte gibt als die Freiheit und Würde des Individuums!
- Dass in den komplexen Gesellschaften des 20. Jahrhunderts ausgerechnet das Proletariat eine Führungsrolle ausüben kann.
- Dass es das Recht einer Parteidiktatur sein kann, darüber zu entscheiden, was die Menschen lesen, was sie schreiben, wofür sie eintreten, woran sie glauben und wohin sie reisen dürfen.
- Dass die zentralistische Planwirtschaft bessere ökonomische und ökologische Ergebnisse zeitigt als die Marktwirtschaft.
- Dass Parteibuchwirtschaft und feudalistische Privilegien gerechtere Instrumente zur Entlohnung von Leistungen sind als die Geldwirtschaft! Dass man solchen Dogmen huldigen konnte, scheint heute abstrus. Gerade deshalb ist es wichtig, in Erinnerung zu rufen, wofür der Kommunismus gestanden hat und wofür er – aller Reformkosmetik zum Trotz – immer noch steht.

Nachdem von der 68er-Bewegung der Liberalismus als dekadente spät-bürgerliche Ideologie abgeschrieben und bekämpft worden war, wollen nun alle plötzlich wieder Liberale sein. Reformkommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten suchen sich ein liberales Mäntelchen umzuhängen. In bekannter Manier will niemand beim Jahrhundertbetrug dabei gewesen sein, nicht bei den Folterern im KZ, aber auch nicht bei den Schreibtisch-tätern.

Vom Volksheim zum Eigenheim

Sind der Zusammenbruch des Weltkommunismus Moskauer Prägung, der Bankrott des Sozialismus und die Diskreditierung des Marxismus gleichbedeutend mit dem Ende der Geschichte, dem Ende der Ideologien? Nein, sie haben nur eine neue Phase der politischen Konfusion eingeleitet. Viele gewohnte Orientierungspunkte sind ins Wanken gekommen. Selbst die beliebten Links-Rechts-Raster sind kaum mehr zu gebrauchen. Altkommunisten und Reformgegner im ehemaligen Ostblock werden als «Konservative», als «Rechte» bezeichnet...

Liberale haben das simple Links-Rechts-Muster stets verworfen und ihm die treffendere Unterscheidung in forschrittsfähige und rückständige Kräfte entgegengesetzt. Zu letzteren gehört, wie der Lauf der jüngsten Geschichte so eindrücklich bewiesen hat, die nur in ihrem verzerrten Eigenverständnis progressive Linke.

Doch nicht nur der Kommunismus, auch die Sozialdemokratie ist am Ende. Über Jahrzehnte hinweg galt Schweden als Vorbild eines modernen Wohlfahrtsstaates und als Schulbeispiel erfolgreicher sozialdemokratischer Machtausübung. Hier schien es gelungen zu sein, die Wähler sozialpolitisch in solche Interessenabhängigen zu bringen, dass eine Alternative zur Volksheim-Sozialdemokratie schlicht nicht mehr mehrheitsfähig war. Beides ist innert kurzer Zeit zu nichts geworden. Zunächst wurde im Frühherbst 1991 die sozialdemokratische Staatspartei durch eine von den Liberalkonservativen geführte Koalition auf die Oppositionsbänke verbannt, und kaum ein Jahr später zwingt der Wirtschaftsnotstand die Sozialdemokraten, der Regierung bei der umfassenden Redimensionierung des Wohlfahrtsstaates Hand zu reichen. Zu Ende ist der Traum vom Volksheim.

Aber war dies auch der Traum der Bürger? Der Wahlsieg der britischen Konservativen im Frühjahr 1992, der alle Vorhersagen der Meinungsbefragter über den Haufen geworfen hatte, hat deutlich werden lassen, dass ein Volk von Eigentümern in der Verschwiegenheit der Wahlkabine ganz anders entscheidet als ein Volk von Sozialhilfeempfängern. Dies gilt – und in dieser Hinsicht war das von *Margaret Thatcher* Bewirkte eine echte Revolution – nicht nur für die Wohlhabenden, sondern auch für die einkommens- und vermögensschwächeren Schichten, nicht nur für jene, die schon viel besitzen, sondern auch für jene, die Besitz erstreben. Die Zukunftserwartung ist hier nicht mehr die Teilhabe an der Sozialhilfe, das Volksheim, sondern der Erwerb von Eigentum, das Eigenheim.

Abschied vom sozial-helvetischen Kompromiss

Auch wenn die Schweiz noch ein gutes Stück von der schwedischen Volksheim-Mentalität entfernt ist, so haben Jahrzehnte schaler sozialpolitischer Kompromisse das Land in die Stagnation geführt. Diese hat dank der Hochkonjunktur der achtziger Jahre materiell bisher noch nicht so dramatisch zu Buche geschlagen wie in Schweden, sie hat jedoch schon lange die Fundamente unseres Staats- und Gesellschaftsgefüges angegriffen, erkennbar etwa bei der penetranten Überbetonung von Ansprüchen bei gleichzeitig schwindender Bereitschaft, für die Gemeinschaft aus eigener Kraft und ohne Entgelt etwas zu leisten.

Kernstücke eines Aufbruchs aus der molligen Wärme des sozial-helvetischen Kompromisses müssen mehr Mut und Innovationskraft der politischen und sozialen Eliten und eine neue Verpflichtung auf den zentralen Wert der freisinnigen Väter unseres Bundesstaates sein: *die Freiheit*.

Eine wichtige Ursache für das derzeitige Malaise der Schweiz ist die Krise des historisch folgerichtigen Trägers der Freiheit, des Freisinns. Und der Freisinn befindet sich in der Krise, weil er seit längerem dem verhängnisvol-

len Drang zur politischen Mitte, zum vorschnellen Kompromiss nicht hat widerstehen können.

Die politische Mitte im Koordinatennetz von Freiheit und Gleichheit ist ihrem Wesen nach der Standort der Christdemokratie. So wie die Gleichheit der tragende Wert der Sozialdemokratie ist, so ist der Freisinn die Partei der Freiheit. Gibt er diesen klaren Standort zugunsten einer Mitte, die zudem in den letzten zwei Jahrzehnten beständig nach links abgerutscht ist, auf, so stellt er nicht nur seine parteipolitische Existenzberechtigung in Zweifel, er zieht auch den Schweizer Bundesstaat, zu dessen Eckpfeilern die Freiheit gehört, in die Krise.

Die gegenwärtige Krise kann deshalb nicht durch die Fortführung des sozial-helvetischen Kompromisses, sondern nur durch eine neue, die Kräfte der Innovation und Risikobereitschaft freisetzende Polarisierung bewältigt werden.

In diesem Sinne verstehе ich nachstehendes Manifest als Aufruf zur Aktivierung programmatischen Denkens und Handelns¹.

Manifest der Freiheit

Das oberste Ziel liberaler Politik ist, dass freie Bürger ihr Leben frei gestalten können. Dies bedingt:

- die Achtung der Rechte des einzelnen und der Bürgerrechte;
- Privateigentum und die Achtung der Eigentumsrechte;
- freier Zugang aller zu allen Märkten;
- das Verbot der wirtschaftlichen Betätigung des Staates;
- die Kontrolle und Begrenzung der Macht.

Dies sind die Grundlagen einer liberalen Verfassung.

Gesellschaft und Staat: Die Freiräume der Bürger sollen in allen Lebensbereichen erweitert, und die Rolle des Staates soll auf das unbedingt Notwendige reduziert werden. Dazu gehört die Anerkennung der Fähigkeit der Bürger, die Gesellschaft selbst zu organisieren.

Der entmündigende Umverteilungsstaat und die von ihm geschaffene Anspruchsmoralität sollen beseitigt werden. An die Stelle der Subventions- und Dienstleistungserwartung soll die Eigeninitiative der Bürger treten. Bürger können in freiwilliger Kooperation in ihren eigenen Einrichtungen alle notwendigen Dienstleistungen besser erbringen als der Staat mit seinen ineffizienten Zwangsapparaten.

Rechtsstaat: Der Rechtsstaat soll auf seine ursprüngliche Aufgabe, Rechtssicherheit für jedermann zu garantieren, zurückgeführt werden. Dazu bedarf es weniger, einsichtiger und leicht verständlicher Normen.

Polizei und Strafvollzug in ihrer heutigen Form sind nicht in der Lage, die Rechtssicherheit zur Zufriedenheit der Bürger zu gewährleisten. Sie sind zu privatisieren. Die staatliche Polizei ist auf die Aufgabe des Schutzes des von der Verfassung vorgegebenen Ordnungsrahmens zu beschränken.

Steuern und Finanzen: Die Steuerhoheit der Kantone darf nicht angetastet werden. Sie ist Grundvoraussetzung für ein Steuer- und Finanzwesen, das die Freiheit der Bürger und den wirtschaftlichen Wettbewerb fördert. Für die Steuerpolitik auf Bundes- wie Kantonsebene sollen die folgenden Prinzipien gelten: Das Steuersystem soll für den Bürger verständlich, einsichtig und wenig belastend sein. Es soll seinen Lebensumständen gerecht werden. Ausser der Lohn- und Einkommenssteuer sowie einer indirekten Steuer soll es keine weiteren Steuern geben. Dieselbe Leistung darf nie zweimal belastet werden. Die Einkommenssteuer soll keiner Progression unterliegen und 25 Prozent nicht übersteigen. Indirekte Steuern können für unterschiedliche Waren und Dienstleistungen unterschiedlich hoch sein. Einnahmenüberschüsse sind den Bürgern zurückzuzahlen.

Bei einem Staat, den die Bürger auf das unbedingt Notwendige beschränkt haben, gibt es keine Berechtigung für Schuldenmacherei. Deshalb darf der Staat keine langfristigen Schulden haben. Ausgabenwirksame Gesetze sind zeitlich zu befristen und bedürfen einer qualifizierten Mehrheit.

Vorsorge: Alle staatlichen Sozialversicherungssysteme sind durch private zu ersetzen. Es gibt lediglich eine gesetzlich festgelegte Pflicht zur Mindestversicherung in den Bereichen Krankheit, Pflege, Arbeitslosigkeit und Alter.

Alle staatlichen Sozialtransfers sollen abgeschafft werden. Es soll keine Lohnnebenkosten mehr geben. In einer freien Gemeinschaft entscheiden die Bürger selbst, wofür sie ihr Geld ausgeben. Daher regeln sie ihre Vorsorge selbst.

Bildung: In Erziehung und Bildung sollen Freiheit und Selbstverantwortung verwirklicht werden. Daher soll das staatliche Bildungsmonopol abgeschafft werden. Die Bürger entscheiden selbst, wie und wo ihre Kinder sich die erforderliche Bildung aneignen, und finanzieren diese auch selbst.

Der Staat wird auf die Rahmengesetzgebung beschränkt. Diese regelt im Sinne der Grundwerte der Verfassung die Standards für die Selbstkontrolle der Bildungseinrichtungen. Die Grundbildung wird in Fällen der Bedürftigkeit durch von den Gemeinden abzugebende Bildungsgutscheine finanziert.

Wirtschaft und Wettbewerb: Nur eine Wirtschaft, die der Mehrung von Freiheit, Selbstverantwortung und Privateigentum dient, schafft Wohlstand für alle Bürger. Daher muss sie von allen staatlichen Zwängen befreit werden. Alles Wirtschaften geht vom Bürger aus und nicht vom Staat.

Eine funktionierende Wirtschaft setzt den freien Wettbewerb voraus. Dieser darf weder durch staatliche noch durch private Massnahmen verzerrt werden. Für Subventionen ist daher kein Raum mehr.

Dem freien Wettbewerb im Innern entspricht der Freihandel in der Welt. Deshalb sollen alle Handelshemmnisse abgeschafft und alle Märkte geöffnet werden.

Umwelt: Es soll die ordnende Kraft des Eigentums für eine Umwelt freigesetzt werden, in der die Bürger gerne leben. Wo Ressourcen noch nicht im Privatbesitz sind, werden sie in verantwortungsloser Weise verschwendet. Kosten und Gewinne aus der Nutzung und Produktion von Ressourcen müssen Bestandteil der Preise werden.

Verkehr: Alle staatlichen Einrichtungen sind zu privatisieren. Durch Marktpreise ist der Wettbewerb zwischen den verschiedenen Verkehrs trägern sicherzustellen. Dadurch wird die Preisverzerrung zwischen Individual- und Kollektivverkehr beseitigt. Der Verkehrsmarkt wird dafür sorgen, dass immer mehr Bürger das richtige Verkehrsmittel wählen.

Kommunikation: Der freie Zugang aller zu allen Informations- und Kommunikationsmitteln soll gewährleistet werden. Daher sind alle öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten abzuschaffen, wodurch auch die entsprechenden Zwangsgebühren entfallen.

Der Staat wird auf die Rahmengesetzgebung für alle Medien beschränkt. Diese sichert die Achtung der Privatsphäre und der Grundwerte der Verfassung durch die Betreiber und Herausgeber. Radio- und Fernsehfrequenzen werden unter Einhaltung des Wettbewerbsrechts an einer Börse gehandelt.

Kultur: Kultur ist die Summe dessen, was Private tun, selber machen oder bezahlen. Dies bedeutet, dass der Staat in der Kultur nichts zu suchen hat. Alle privaten Kulturausgaben, insbesondere auch das Mäzenatentum, sollen steuerlich voll berücksichtigt werden.

Europa: Aus Schweizer Sicht und Interessenlage soll Europa eine Gemeinschaft sein, in der Frieden und Wohlstand gesichert und unsere Werte geschützt werden. Dieses Europa soll allen europäischen Staaten offenstehen, die diese Werte teilen. Ziel ist ein Europa der freien Bürger mit den vier Grundfreiheiten: Freizügigkeit von Personen, Waren und Kapital sowie Niederlassungsfreiheit.

Nur in einem Europa des Wettbewerbs zwischen den verschiedenen Bürgergemeinschaften können die Bürger frei sein. Deshalb ist das Europa der Harmonisierung abzulehnen, ebenso eine europäische Regierung, eine europäische Bürokratie und ein europäisches Parlament. Die notwendigen Kooperationsaufgaben in einem europäischen Bund souveräner Staaten werden durch den Ministerrat und grenzübergreifende Regionen, die durch

die Gemeinden gebildet werden können, geleistet. Der Ministerrat beauftragt private Einrichtungen mit der Vorbereitung und Durchführung der erforderlichen Massnahmen. Sofern es sich nicht um die Grundfreiheiten handelt, entscheidet jeder Mitgliedsstaat, welchen Entscheidungen des Ministerrats er beitritt oder nicht.

Einwanderung: Ausländer, die sich an unsere Verfassung halten, sollen bei uns leben dürfen. Doch müssen sie sich selbst versorgen wie die Bürger auch. Sie unterliegen ebenfalls der gesetzlichen Mindestversicherungspflicht.

Flüchtlinge werden in Flüchtlingslagern an den Grenzen untergebracht. Das Ziel ist die raschstmögliche Repatriierung. Asylsuchende werden wie Flüchtlinge behandelt. Die Flüchtlingslager werden von Privaten geführt und vom Bund finanziert. Der Bund legt das Budget für die Flüchtlingslager und damit die Zahl der Flüchtlinge fest, die aufgenommen werden. Für Flüchtlinge, die nicht zurückkehren wollen, gelten die Regeln für Ausländer.

Welthandel: Freier Welthandel fördert Frieden und Wohlstand. Alle technischen und tarifären Handelshemmisse von Einzelstaaten und Handelsblöcken sind abzuschaffen. In den Welthandel müssen auch die Ressourcen einbezogen werden, die sich bisher nicht im Privateigentum befinden und für die es bisher keine Marktgesetzlichkeiten gibt.

Entwicklungshilfe: Staatliche Entwicklungshilfe ist durch den freien Welthandel und Privatinitiative zu ersetzen. Dazu gehört eine grundlegende Reform von Weltbank und IWF und insbesondere die Abschaffung des Agrarprotektionismus in Europa und weltweit. Unter Privatinitiative ist die Mithilfe bei der Errichtung von freien und selbstverantwortlichen Bürgergesellschaften in Entwicklungsländern zu verstehen.

Die weltweite Liberalisierung der Technologie-, Kapital- und Währungsmärkte ist vordringlich. Damit wird dem Staatsinterventionismus, der die Entwicklung hemmt, der Boden entzogen.

Die entwicklungs politischen Unter- und Sonderorganisationen der UNO sind wettbewerbsverzerrend und daher abzuschaffen.

Staatsaufgaben: Der Staat soll die unbedingt notwendigen Aufgaben effizient erfüllen. Dabei wird er auf ordnungspolitische Funktionen beschränkt. Das dann noch notwendige Personal wird nach privatwirtschaftlichen Kriterien beschäftigt. Der Beamtenstatus ist abzuschaffen.

Regierungssystem: In der Gemeinschaft freier Bürger sind Machtkontrolle und Machtteilung von entscheidender Bedeutung. Trotz offiziellen Bekenntnissen zu diesem Prinzip entsprechen ihm die heutigen Verfassungsorgane in der Wirklichkeit nicht. Das Parlament soll künftig seine Arbeit auf Richtungsentscheidungen von strategischer Bedeutung oder

Verfassungsrang konzentrieren und sich nicht in exzessiver Legiferierung verzetteln. Die Regierung soll sich bei der Erledigung der verbliebenen Staatsaufgaben privater Unternehmen bedienen. Ihre Mitglieder sollen nach privatwirtschaftlichen Kriterien bezahlt werden und ihre Vorsorge – wie die Bürger auch – selbst treffen.

Dies sind, in wenigen Strichen, die Konturen eines zeitgemässen Liberalismus, der vor den zahlreichen neuen Herausforderungen an unseren Staat und unsere Gesellschaft bestehen kann. Sie sind gedacht als Anstösse für eine offene Diskussion unter Liberalen, mit dem Ziel, in der Politik der Parteien das Grundsätzliche wieder in den Mittelpunkt zu rücken.

¹ Das Manifest basiert auf einem radikal-liberalen Programmentwurf, der unter Mitwirkung des Autors von einigen Mitarbeitern der «Friedrich-Naumann-Stiftung» der F.D.P unter dem Titel «Bürger zur Freiheit!» publiziert und zur Diskussion gestellt worden ist. Vgl. dazu «liberal», 34. Jahrg., Heft 4, November 1992, S. 132, und «Reflexion», Nr. 28, Dezember 1992, S. 8.

Was hat der Schweizer im Schlafzimmerschrank und auf dem Frühstückstisch?

Höchstwahrscheinlich Technik und Know-how aus Neuhausen am Rheinfall. Die stecken im Sturmgewehr genauso wie in fast allen Butter- und Cornflakes- und Kaffee-Packungen. So bekannt nämlich hierzulande die SIG-Armeewaffe ist, so geschätzt sind SIG-Verpackungsmaschinen weltweit. Doch der Name SIG steht für noch mehr:

An rund 5000 Arbeitsplätzen im Stammhaus und in den Tochtergesellschaften in der Schweiz und im Ausland entwickeln und bauen die Ingenieure und Facharbeiter der SIG auch Drehgestelle für Schienenfahrzeuge, Stollenlokomotiven, Antriebssysteme, Bau- und Bergbaumaschinen, Werkzeugmaschinen und Transportgeräte.

**SIG Schweizerische Industrie-Gesellschaft
Neuhausen am Rheinfall**

